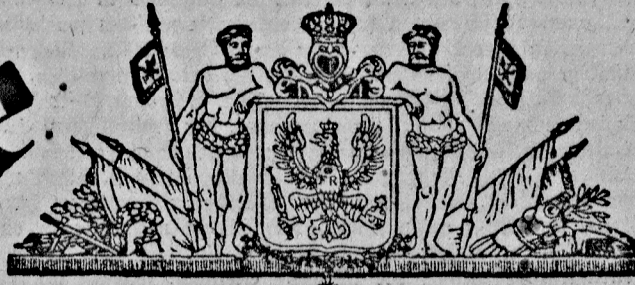


Vossische Zeitung



Begründet

1704

70 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt, Kurszettel der Berliner Börse, Grundstück und Hypothek, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Hochschulblätter, Sport-Beilage, Für Reise und Wanderung.

Durch eigene Boten und durch die Post monatlich 20 Mark; unter Streifenband 60 Mark im Inland, 69 Mark nach dem Ausland. Anzeigen: Zeile 9 Mark u. 33 1/3 % Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 6 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-26, und in allen Geschäftsstellen.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11 800 bis 11 852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660

Giolittis Mißerfolg.

Funkspruch der „Vossischen Zeitung“.

mp Rom, 21. Februar.

Da es Giolitti nicht gelungen ist, die Bedenken der Popolari gegen seine Person zu überwinden, war er heute genötigt, die Kabinettsbildung abzulehnen. Damit ist der Versuch, das große Kabinett Giolitti-Orlando-de Nicola zu bilden, gescheitert. Heute nachmittag hat der König de Nicola zu sich gerufen, wie man annimmt, um ihn mit der Bildung eines Kabinetts zu betrauen, da auch Orlando als Ministerpräsident auf starke Gegnerschaft stößt. Die Krise wird als die schwierigste, die seit langer Zeit dagewesen ist, angesehen.

Heute ist die französische Note, in der Ausschub der Konferenz von Genua um drei Wochen beantragt wird, auf der Consulta überreicht worden. Ihre Beantwortung ist vor Beendigung der Krise unmöglich. In hiesigen politischen Kreisen wird lebhaft bedauert, daß Benesch wegen der Kabinettskrise Rom nicht besuchen wird. Es wird aber zugegeben, daß er zurzeit auf seine Fragen keinerlei Antwort erhalten würde.

Englands neue Rußlandpolitik.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

wi Paris, 21. Februar.

Aus Mitteilungen des „Temps“ geht hervor, daß England die französische Regierung offiziell von einer neuen Orientierung seiner Politik gegenüber Sowjetrußland in Kenntnis gesetzt hat. England will vorläufig auf die Anerkennung der bolschewistischen Regierung verzichten und in Genua ein Versuchsregime für Sowjetrußland vorschlagen. Die Sowjets sollen sich verpflichten, das den Ausländern gehörige Eigentum in Rußland, vor allem die Fabriken, an ihre Eigentümer zurückzugeben und Garantien für die Unternehmungen Fremder in Rußland zu bieten. Sechs Monate nach Genua soll eine neue Konferenz die Ergebnisse des Versuchsregimes prüfen. Falls die Ergebnisse zufriedenstellend sind, soll dann über die Anerkennung der russischen Staatsschulden durch die Sowjets und über die Anerkennung der Sowjetregierung durch die Mächte verhandelt werden.

Der „Temps“ führt dazu aus, der neue englische Plan habe unbestreitbar große Vorzüge und werde von Frankreich sehr aufmerksam geprüft werden, sobald er als offizieller Vorschlag unterbreitet wird. Nach französischer Auffassung müßten die Sowjets aber gleichzeitig mit den unbeweglichen auch die beweglichen Werte an die ausländischen Eigentümer zurückgeben und für etwaige Schäden Ersatz leisten. Rußland werde natürlich Zeit zur Erfüllung seiner Verpflichtungen brauchen, aber die Anerkennung dieser Schuld könne sofort erfolgen und die Schulden müßten dann den ihrem Alter entsprechenden Rang erhalten. Weiter müßten die Sowjets Beweise dafür geben, daß sie die Wiederherstellung einer freien Industrietätigkeit im westeuropäischen Sinne überhaupt beabsichtigen. Der „Temps“ schlägt zum Schluß erneut vor, daß die Sowjets den Ausländern in einer Reihe von „Häfen, Grenzstädten oder großen Zentren“ Konzessionsterrain zusprechen, auf dem die fremden Warenlager, Fabriken und Finanzinstitute errichtet werden können.

Dem „Journal des Débats“ zufolge hat der englische Botschafter in seiner letzten Unterredung mit Poincaré im Namen seiner Regierung dringend darum ersucht, daß die französischen Sachverständigen zur Vorbereitung der Konferenz von Genua so rasch wie möglich nach London kommen. Das Blatt bemerkt dazu, die französische Regierung sei nach wie vor der Ansicht, daß die Sachverständigen nicht abreisen können, ehe ihre vorbereitenden Beratungen abgeschlossen sind und die englisch-französische Verständigung über die politische Seite des Programms von Genua erfolgt ist. Der „Liberté“ zufolge werden die Vorbereitungen der französischen Sachverständigen erst in zehn bis vierzehn Tagen beendet sein.

Vor einer neuen russischen Mißernte?

Die Moskauer „Pravda“ weist auf den ungünstigen Verlauf der Beschaffung des Abtransports von Saatgetreide für das Hungergebiet hin. Der Dezember sei für die Aktion völlig verloren gegangen, und im Januar sind von den im Innern zu beschaffenden 19 Millionen Pud Saatgetreide nur etwa 8 Millionen zu den Eisenbahnstationen herangeführt und davon nur 6,5 Millionen verladen worden. Der Schwerpunkt der Aktion ist auf den Februar verlegt worden, wo auch der Abtransport des amerikanischen Saatgetreides die Eisenbahnen stark in Anspruch nehmen

werde. Selbst wenn die in Aussicht genommenen Saatengengen voll beschafft würden, sei bei der gegenwärtigen Zerrüttung des Transportwesens eine Verzögerung bei der Verteilung des Saatguts in den Mißerntegebieten nicht mehr abzuwenden, um so mehr, als es dort nur wenige Eisenbahnen gebe. Die Fruchtbarkeit der gegenwärtigen

gen Hungersnot beleuchtet ein Bericht der Delegierten der „Schwedischen Liga zur Rettung der Kinder“, die kürzlich aus Scharatow in Stockholm eingetroffen ist. Sie stellt darin die Berechnung auf, daß in den Hungergouvernements bis zur neuen Ernte weitere 9 Millionen Menschen dem sicheren Hungertode anheimfallen müßten.

Frankreichs Hafenangebot an Amerika.

Lardieu gegen Briand.

André Lardieu nimmt die Rückkehr der französischen Delegation aus Washington zum Anlaß, um in einer Erklärung an die Presse zu der Behauptung Sarrauts Stellung zu nehmen, daß Frankreich wegen seines Verhaltens auf der Washingtoner Konferenz nicht im mer verstanden worden sei. Lardieu führt darüber aus: „Was habe denn Briand verpflichtet, das unerhörte Angebot zu machen, französische Häfen als amerikanische Seebasis anzubieten gegen einen Gegner, den er, Lardieu, nicht nennen wolle?“ Lardieu fährt fort: „Das waren unsere Fehler auf dieser Konferenz, zu der Briand in der albernen Pose des Vermittlers abreiste. Sarraut verschweigt das alles, wie er auch verschweigt, daß die Washingtoner Verträge in den Vereinigten Staaten zahlreiche Gegner zählen, und bietet dem französischen Publikum keine Lust, sondern ein Ammenmärchen dar. Das war die Manier des letzten Ministerpräsidenten. Diese Manier hat ein Jahr lang Erfolg gehabt. Aber damit ist es zu Ende.“

*

Es ist nicht uninteressant, daß Lardieu in dieser Veröffentlichung Angaben bestätigt, die in unterrichteten englischen Marinekreisen längst gemacht wurden und nur durch die überaus geschickte englische Pressepolitik keinen Eingang in die Londoner Tagespresse gefunden haben. Die Marinefachverständigen der englischen Delegation in Washington sollen wiederholt berichtet haben, daß die militärischen und die diplomatischen Mitglieder der französischen Delegation ihr Verhalten auf der Konferenz nach dem Gesichtspunkt eingestellt hätten, ein französisch-amerikanisches Bündnis herbeizuführen unter der Bedingung, daß es der französischen „Diplomatie“ gelingen würde, als „Vermittler“ die amerikanisch-japanischen Differenzen zu mildern oder zu beseitigen. Das gegen England gerichtete amerikanisch-französische Bündnis mit Japan als wohlwollenden Neutralen im Hintergrunde war dazu bestimmt, Frankreich eine stärkere Stellung in den Verhandlungen mit England über europäische und kleinasiatische Fragen zu sichern. Lardieu, der Halbengländer, zweifellos ein besserer Kenner der angelsächsischen Pöppe als Briand und seine Berater, bezeichnet den Versuch Frankreichs, die angelsächsische Entente zu sprengen und zugleich als Weltfriedensrichter aufzutreten, als eine „alberne Pose“. Wer die Entwicklung der englisch-amerikanischen Annäherung genauer verfolgt hat, wird ihm darin zustimmen müssen. Es ist nur schade, daß Lardieu aus den Erfahrungen Briands nicht den einzig richtigen Schluß gezogen hat, daß nämlich auf absehbare Zeit die englisch-amerikanische Interessengemeinschaft als gegebene politische Tatsache hingenommen werden muß, und daß Frankreich ebenso wie Japan früher oder später genötigt sein wird, sein politisches Verhalten mit den weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Zielen des angelsächsischen Konzerns in Einklang zu bringen. Senator Mc. Cormick, der führende Geist in der Senatsfraktion der Republikaner, hat erst vor einigen Tagen in unmißverständlichen Worten die amerikanische Forderung formuliert: Landabrüstung und Beruhigung in Europa als Voraussetzung wirtschaftlicher Zugeständnisse der Union an verbündete oder andere europäische Länder.

An dem Tage, an dem ein regierender französischer Politiker den Mut findet, seinen Landsleuten zu sagen, daß die Sanierung Frankreichs und die Durchbrechung seiner politischen Isolierung abhängig sind von einer sachlichen und nachbarlichen Regelung der deutsch-französischen Probleme, wird er aus Amerika eine Botschaft vernehmen, die mindestens dem Finanzminister seines Kabinetts recht angenehm sein wird. Frankreichs wirtschaftliche Sanierung hängt in demselben Maße wie Deutschlands Zukunft von der Möglichkeit ab, wieder auf dem Weltgeldmarkt kreditfähig zu werden. Kreditfähig kann aber Frankreich nicht dadurch werden, daß es in seinem Budget deutsche Zahlungen einstellt, die der Schuldnerstaat nach Urteil aller Kenner der Weltwirtschaft nie wird leisten können, sondern nur, indem es die Debetseite seiner

Staatsbilanz entlastet. Diese Seite des französischen Budgets kann aber nicht durch fiktive Pariser Buchungen, sondern nur durch sachliches Entgegenkommen der Verbündeten erleichtert werden. In dem Tage, an dem Deutschland und Frankreich ohne Sanktionen und ohne Reparationsfiktionen nebeneinander leben können, an dem Tage wird sich zwar kein Bündnis, wohl aber ein für Frankreich äußerst wertvolles wirtschafts- und finanzpolitisches Übereinkommen mit den Vereinigten Staaten und wahrscheinlich auch mit England treffen lassen. Dieses Abkommen ist die Grundlage für Frankreichs Kreditfähigkeit als Schuldnerstaat und damit die Voraussetzung für eine vollwirtschaftlich erträgliche Neuordnung seiner Staatsfinanzen. W. H. E.

Poincaré für eine internationale Reparationsanleihe.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

wi Paris, 21. Februar.

Poincaré hat heute nachmittag dem Finanzausschuß der Kammer über die schwebenden Finanzfragen Bericht erstattet. Er sprach zunächst über die Kosten der Mobilisierung der Jahresklasse 1919 im Frühjahr vorigen Jahres und vertat den Standpunkt, daß die Kosten in das Budget der aus dem Friedensverträge zu deckenden Ausgaben einzustellen sind, weil die Zustimmung Deutschlands zum Londoner Zahlungsplan eine Folge der im Einverständnis mit England vollzogenen Mobilisierung war. Der Finanzausschuß stimmte der Auffassung des Ministerpräsidenten einmütig zu. Poincaré sprach dann weiter über die Einstellung der Jahreszahlungen zur Entschädigung für Kriegsschäden in das Finanzgesetz des Spezial-Budgets und über die Ausdehnung des Rentensystems auf die von Mobiliarschaden Betroffenen.

Der letzte und interessanteste Teil der Erklärung Poincarés betraf die Frage, wie die Regierung in den nächsten Jahren die Entschädigung für Kriegsschäden zu sichern gedenke. Der Ministerpräsident betonte, wie ich erfahre, daß auf die Zahlungen Deutschlands im wesentlichen Umfang nur zu rechnen ist, wenn eine Mobilisierung der Schulden durch eine Anleihe erreicht wird. Frankreich wird sich deshalb bemühen, die Verbündeten für den Gedanken einer internationalen Wiedergutmachungsanleihe zu gewinnen.

Poincaré hob weiter die bedenklichen Folgen der Währungs-krise in den verschiedenen Ländern hervor und bezeichnete es als Hauptaufgabe der Konferenz von Genua, die Stabilisierung der Devisen zu sichern. Morgen wird Poincaré im Senatsausschuß für äußere Angelegenheiten über die Konferenz von Washington, die Orientfrage und das Wiedergutmachungsproblem berichten.

Der Brüsseler „Bon Soir“ macht einige Angaben über bevorstehende Änderungen im Kabinett Poincaré. Poincaré selbst habe den Wunsch, lediglich das Amt des Ministerpräsidenten zu bekleiden und das Auswärtige Amt an Jonnart abzugeben. Der augenblicklich in London weilende französische Finanzmann Sergent werde De Lasteyrie im Finanzministerium ersetzen, während dieser das Ministerium für die besetzten Gebiete übernehmen werde.

Aufbaugilden für die zerstörten Gebiete?

Fortsetzung der Reparationsdebatte.

Paris, 21. Februar. (E. C.)

Der Minister für die besetzten Gebiete, Reibel, wird morgen das Aktionskomitee für die zerstörten Gebiete empfangen, das in die Forderung vorlegen wird, deutsche Mitarbeit in natura für die Wiederherstellung der